PB.W-01-183

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Ortsverband Bochum-Mitte
Beschlussdatum:	08.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 182 bis 184 einfügen:
Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und Entrepreneurship-Ausbildungen vorantreiben. Kommunen insbesondere in strukturschwachen Regionen unabhängig der Himmelsrichtung müssen von Land und Bund unterstützt werden, eine kleinteilige, unterstützende Infrastruktur mit Räumlichkeiten für die Gründungsszene auch in Dorf- und Stadtteilen aufzubauen. Statt unattraktiver Lizenzregelungen wollen wir die stille Beteiligung der öffentlichen Institutionen zum neuen Ausgründungsstandard machen.

Begründung

Für Kommunen kann die Ansiedlung von Gründer*innen einen erheblichen Mehrwert bringen. Krisenzeiten sind Gründungszeiten und Gründungen bieten besonders Chancen für umweltfreundliche Technologien und die Attraktivierung von Standorten. Insbesondere in strukturschwachen Regionen können Anreize gesetzt werden, die das Gründen attraktiv machen und damit der Region als Ganzes helfen. Die Aufstellung von Clustern, das Setzen von thematischen Schwerpunkten, die Bereitstellung von Gründungskapital sowie die spezielle Frauenförderung sind gute Ansätze. Aber auch von Seiten der Kommunen muss eine unterstützende Infrastruktur bereitgestellt werden. Sie leisten dies am besten durch Räumlichkeiten für Gründer*innen. So entstehen in den Stadtteilen und Dorfstrukturen kleinteilige Mikronetzwerke von Gründer*innen, denn solche Orte werden vor allem genutzt, wenn sie einfach und mit kurzen Wegen zu erreichen sind. Hier können städtische Räumlichkeiten, aber auch Kooperationen mit existierenden Co-Working-Spaces, Cafés, Restaurants, Hotels, etc. genutzt und aufgebaut werden. Insbesondere kann das außerhalb von Stadtzentren erfolgen, wodurch einzelne Stadtteile attraktiver werden. Kommunen mit einer bereits gut ausgebauten Wirtschaftsförderung und finanzieller Ausstattung können dies gut selbst leisten. Damit aber auch finanziell schwache Kommunen involviert werden, müssen Bund und Land zusammen unterstützend fördern.